

dass Mediatisierung in der Wissenschaft durchaus existiert, es sich dabei jedoch eher um ein graduelles Phänomen zu handeln scheint. Der letzte Beitrag von Angela Oels und Anabela Carvalho befasst sich mit dem Verhältnis zwischen Medien und Politik und analysiert anhand von Fallbeispielen zum Thema „Klimaflüchtling“, inwieweit der Frame der „Versicherheitlichung“ in der Medienberichterstattung dominiert. Die Annahme ist, dass „die Medienberichterstattung im Framing keine Einbahnstraße [ist], sondern die dominanten Frames entstehen in Wechselwirkung zwischen Medien, öffentlicher Meinung und dem Diskurs der politischen Eliten“ (S. 272). Da bislang einschlägige Untersuchungen zu diesem Wechselspiel zwischen Medien und Politik fehlen, kann in diesem Beitrag allerdings das Ausmaß des Medieneinflusses auf die Politik nicht bestimmt werden.

Insgesamt handelt es sich trotz der Einschränkung, dass nur wenige Beiträge eigene aktuelle Befunde präsentieren, um einen gut edierten Sammelband, der die zentralen am Kommunikationsprozess beteiligten Akteure, Kommunikatoren, Journalisten, Medieninhalte und Rezipienten berücksichtigt. Der Forschungsstand wird fundiert aufbereitet und Forschungslücken werden identifiziert. Damit bietet der Sammelband eine Reihe von Anknüpfungspunkten und leistet einen wichtigen Beitrag für zukünftige Forschungsvorhaben.

Jutta Milde

Christian Potschka

Towards a Market in Broadcasting

Communications Policy in the UK and Germany

New York: Palgrave Macmillan 2012. – 335 S.

ISBN: 978-0-230-29861-3

Die an der Loughborough University in Großbritannien angefertigte Dissertationsschrift vergleicht die Entwicklung des öffentlichen und privaten Rundfunks im Vereinigten Königreich und Deutschland. Dabei legt der Autor seinen Analyseschwerpunkt auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg und auf das Fernsehen. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass es in beiden Ländern in den vergangenen Jahrzehnten zu einer immer stärkeren Marktorientierung („marketization“) in der Rundfunkregulierung gekommen ist und Rundfunkprogramme zunehmend als möglichst effizient zu produzierende Wirtschaftsgüter betrachtet werden, während das in Großbritannien entwickelte

Konzept des Rundfunks als *public service* ins Hintertreffen gerät.

Im Vordergrund stehen folgende drei Fragen: inwieweit das jeweilige „Dreieck“ von Regulierungsrahmen, Medienpolitik und Medienstrukturen im Zusammenhang mit sozialen und politökonomischen Besonderheiten der beiden Länder steht, wie diese Komponenten des Mediensystems jeweils die Rundfunkstruktur beeinflussen, und welche Rolle dabei in beiden Ländern der Liberalismus als allgemeines wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept spielt. Der Autor versucht, diese Fragen im Rahmen einer Kombination aus Politikfeldanalyse (des Feldes Rundfunk- und Tele-Kommunikationspolitik) und Mediensystemvergleich zu beantworten, für die er umfangreiches medienhistorisches Material zusammenstellt. Neben wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Dokumenten aus Rundfunkarchiven sind dies insbesondere zwanzig in den Jahren 2006/2007 durchgeführte persönliche oder schriftliche Interviews mit wesentlichen Protagonisten einer stärker auf den Markt ausgerichteten Rundfunkpolitik in Großbritannien und Deutschland.

Das Buch ist in vier Abschnitte gegliedert: Einleitend wird der theoretische und methodische Analyserahmen aufgespannt. In den zwei folgenden Abschnitten wird dann jeweils ausführlich die Rundfunkentwicklung in Großbritannien und Deutschland seit ihren Anfängen beschrieben, bevor abschließend die eingangs formulierten Forschungsfragen beantwortet werden.

Potschka begriff *Marktorientierung* als grundsätzliches wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept, dessen Wurzeln u. a. im Markt-Liberalismus von *Adam Smith* liegen, der staatliche Eingriffe als grundsätzliches Wachstumshindernis ansieht. Die Idee des Liberalismus sei im Zuge der Weltwirtschaftskrise diskreditiert gewesen, u. a. durch *Friedrich Hayek* als freiheitliches Gegenkonzept zum „kollektivistischen“ Sozialismus als Neoliberalismus wiederbelebt worden und dann nach einem Scheitern des keynesianischen Wohlfahrtsstaates zur Grundlage einer Politik geworden, die zunächst von Thatcher in Großbritannien und anschließend weltweit zur Privatisierung staatlicher Unternehmen und Regulierung insbesondere von Infrastrukturmärkten geführt habe. Auch die EU verfolge in ihrer Binnenmarktpolitik teilweise diesen Ansatz. Wie die meisten anderen Autoren, die Vergleichsstudien zu nationalen Mediensystemen durchführen, sieht *Potschka* eine enge Verbindung zwischen Mediensystem, politischem und

ökonomischem System. Die Zuordnung der Mediensysteme von Großbritannien und Deutschland durch *Hallin & Mancini* zu einem nordatlantischen „liberalen Modell“ respektive einem nord- und mitteleuropäischen Modell des „demokratischen Korporativismus“ sieht er allerdings kritisch. In Großbritannien existiert mit der BBC seit Jahrzehnten ein starker öffentlicher Rundfunk. Bei den Vergleichskategorien für das Politiksystem fehlt die Dimension des politischen Dezentralismus, der in Deutschland eine wesentliche Bedeutung für die Ausgestaltung des Rundfunksystems hat.

Die historische Entwicklung beider Rundfunksysteme wird vom Autor in Perioden eingeteilt, an deren Ende jeweils zentrale medienpolitische Ereignisse stehen, die eine neue Phase einläuten. Dies sind in Großbritannien regelmäßig Berichte von Expertenkommissionen, die von der jeweiligen Regierung zur Rundfunkregulierungsfragen einberufen werden (*Beveridge Committee, Pilkington Committee, Annan Committee, Peacock Committee*). Dagegen orientiert sich die Periodisierung in Deutschland an übergeordneten politischen Ereignissen (volle Souveränität der Bundesrepublik, Wiedervereinigung) oder an wichtigen Rundfunkurteilen des Bundesverfassungsgerichts. Die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eingerichtete *KtK*, die sich mit der Weiterentwicklung von Post- und Telekommunikation auseinandergesetzt hat, ist die einzige Ausnahme, da ihr der Autor eine wesentliche Rolle bei der Einführung des dualen Rundfunks in Deutschland zuschreibt. Für die einzelnen Perioden wird jeweils eine Fülle von Daten zu Angebots- und Nachfrageentwicklungen zusammengestellt, vor allem aber wird die Weiterentwicklung des institutionellen Rahmens der Rundfunkregulierung beschrieben.

Der Autor sieht Gemeinsamkeiten in der Entwicklung beider Wirtschafts- und Politiksysteme (wie die Tendenz zu einer immer stärkeren neoliberalen Marktorientierung in der Wirtschaftspolitik oder die Einschränkung der nationalen Souveränität durch EU-Richtlinien), die sich teilweise in einer zeitlich verschobenen Übernahme von neuen Instrumenten der Rundfunkregulierung aus Großbritannien in Deutschland zeigten. Beispiele seien die Orientierung des öffentlich-rechtlichen Modells an der BBC, die Implementierung einer Deregulierungspolitik im Bereich der Telekommunikation mit dem Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der IT-Technik zu steigern, die Orientierung des Dreistufentests für öffentlich-rechtliche Telemedienangebote am Public-Value-Test der BBC, die Einrich-

tung der ZAK als zentrale Zulassungsstelle für alle national verbreiteten Rundfunkprogramme und für Internetplattformen ähnlich der *Ofcom*. Allerdings betont *Potschka* auch wesentliche Unterschiede zwischen beiden Rundfunksystemen: In Deutschland gibt es eine verfassungsrechtlich sehr viel stärkere Absicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, einen sehr viel unbedeutenderen privaten Pay-TV-Sektor oder ein sehr viel stärker regional ausgerichtetes Programmangebot. Zurückzuführen seien diese Unterschiede zum einen auf ein anderes Rechtsverständnis und einen daraus resultierenden grundlegend unterschiedlichen Regulierungsansatz: In Großbritannien haben Regulierungsbehörden einen relativ großen Handlungsspielraum und unterliegen keinen detaillierten gesetzlichen Vorgaben wie in Deutschland. Zum zweiten ist das politische System in Deutschland stark dezentralisiert, durch die Kulturhoheit der Länder gerade auch in der Rundfunkpolitik. Schließlich ist der eine Minimierung staatlicher Aktivitäten fordernde Wirtschaftsliberalismus in Deutschland in der Gesellschaft weniger stark verankert als in Großbritannien.

Einige Bewertungen und Einordnungen im Hinblick auf die Bedeutung rundfunkpolitischer Akteure oder rundfunkpolitischer Instrumente in Deutschland sind sicher diskussionswürdig. Dies gilt insbesondere für die hohe rundfunkpolitische Bedeutung der 1973-1976 eingesetzten Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (*KtK*) und seines Vorsitzenden *Witte* sowie die zentrale Rolle, die der ZAK bei der Rundfunkregulierung zugesprochen wird. Auch ist das sozialdemokratische Konzept des Wohlfahrtsstaates wahrscheinlich stärker von *Daniel Bells*' Sicht auf eine postindustrielle Gesellschaft beeinflusst als von *Maynard Keynes*. Dies sind allerdings keine Kritikpunkte, die von der Lektüre des Buches abhalten sollten. Es ist nicht nur für diejenigen lesenswert, die nach einem komprimierten Überblick über die Rundfunkgeschichte in Großbritannien und Deutschland suchen. Die Analyse der beiden Fallbeispiele weitet auch den Blick der vergleichenden Mediensystemforschung, indem sie zum einen die Folgen eines föderalistischen Staatsaufbaus für Rundfunkpolitik bzw. -regulierung aufzeigt. Zum anderen wird deutlich, dass sich auch innerhalb der westlichen Demokratien die Entwicklung von Medienregulierungsorganisationen und Medieninstitutionen jeweils in einem Spannungsfeld konträrer gesellschaftspolitischer Leitbilder über die Rolle des Staates vollzieht.

Wolfgang Seufert